



GELD UND RECHT

TIPPS, TRICKS UND RAT VON EXPERTEN



Fotos: Pixabay.com

Finanzamt lehnt Verlustverrechnung ab?

Einspruch kann helfen

Wer Einkünfte aus Kapitalvermögen erzielt, erleidet unter Umständen auch mal Verluste – zum Beispiel bei Aktienverkäufen, wenn der Kurs in der Zwischenzeit gesunken ist. Gewinne und Verluste lassen sich innerhalb gewisser Grenzen miteinander verrechnen. Doch nicht alle dieser Grenzen halten der Bewertung der Gerichte stand. Der Bund der Steuerzahler rät Betroffenen daher, grundsätzlich Einspruch gegen Steuerbescheide einzulegen, bei denen die Verlustverrechnung nicht anerkannt wurde.

Eine der Einschränkungen: Verluste aus Kapitalvermögen dürfen nicht mit Einkünften anderer Ein-

kunftsarten verrechnet werden – also etwa verlustbringende Aktienverkäufe nicht mit Einkünften aus Rente oder Arbeitslohn, was die Steuerlast senken könnte. Stattdessen können die Verluste nur bei Gewinnen aus Kapitaleinkünften entweder im selben Jahr oder in den Folgejahren in Abzug gebracht werden. Zu dieser Regelung hatte bereits der Bundesfinanzhof verfassungsrechtliche Bedenken geäußert (Az.: VIII R 11/18), das Bundesverfassungsgericht muss sich dazu noch verhalten.

Ein wenig spezieller – und darum wohl nur für wenige Anlegerinnen und Anleger relevant: Auch Verluste aus sogenannten Terminge-



Verlustverrechnung nicht anerkannt? Der Bund der Steuerzahler rät Betroffenen, grundsätzlich Einspruch gegen solche Steuerbescheide einzulegen.

Foto: Christin Klose/dpa-mag

schäften – also Börsengeschäfte, deren Erfüllung in der Zukunft liegt – können nur mit Gewinnen aus Termingeschäften und daraus resultierenden Prämien verrechnet werden.

Hier ist selbst der Ausgleich mit Gewinnen aus anderen Aktiengeschäften ausgeschlossen. Noch dazu sind die verrechenbaren Verluste pro Jahr auf 20.000 Euro gedeckelt. Wer größere Verluste erlitten hat, muss den Rest in die Folgejahre vortragen und erneut bis zur Höchstgrenze in Abzug bringen.

Auch bei diesem Vorgehen hat der Bundesfinanzhof verfassungsrechtliche Bedenken (Az.: VIII B 113/23). Ein ähnlicher Fall liegt der-

zeit noch beim Finanzgericht Baden-Württemberg. Der Bund der Steuerzahler geht davon aus, dass das Finanzgericht die streitige Frage dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorlegt.

Bis es höchstrichterliche Urteile gibt, können Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mit ihrem Einspruch den Steuerbescheid offen halten. Nach ergangenen Gerichtsentscheiden können die Finanzämter diesen dann noch einmal abändern.

Ist der Bescheid rechtskräftig, ist das nicht mehr möglich. Für ihren Einspruch haben Steuerpflichtige nach Erhalt ihres Bescheids vier Wochen Zeit. (DPA)

Erben und Vererben betrifft uns alle!

Darum ist es wichtig, sich kompetent von einer Fachanwältin für Erbrecht beraten zu lassen.



Rechtsanwältin Gabriele Kemper-Blume
Fachanwältin für Erbrecht
Fachanwältin für Familienrecht
Termine auch unter 05341-401300
in Kooperation mit
Rechtsanwältin Bettina Christoph
Am Heerwege 21 · 30900 Wedemark
Tel. 05130-379571 · Fax: 05130-379572

24459601_002624

Jetzt bewerben!




kleczka
Steuerberatungsgesellschaft

Straßburger Platz 2 I
30853 Langenhagen
Telefon (0511) 7253490
info@stb-kleczka.de

www.steuerberater-langenhagen.de

2772601_002624



Rinne Steuerberatungsgesellschaft mbH

Willi Rinne
Steuerberater
Stefan Kahnt
Steuerberater

Im Wöhren 4
30900 Wedemark
OT Bissendorf
Telefon 05130/95 90 0
Telefax 05130/95 90 90

5597601_002624

HEIKE KÖSTER

Rechtsanwältin

Scheidungsrecht • Familienrecht
Arbeitsrecht • Strafrecht

Am Pferdemarkt 1a
30853 Langenhagen • Tel. (05 11) 77 70 23

2872101_002624

Steuern? Wir machen das.

VLH.

Rolf Blum
Beratungsstellenleiter
Walsroder Str. 162
30853 Langenhagen
Rolf.Blum@vlh.de
☎ 0511/8 66 77 01



www.vlh.de Wir beraten Mitglieder im Rahmen von § 4 Nr. 11 StBerG.

19947201_002624

Steuererklärung: Jetzt wieder ohne Kinder-Steuer-ID möglich

Änderung gilt bis auf Weiteres

Kinderbetreuungskosten, Schulgebühren, Kinderfreibetrag und Co.: Wenn Eltern von Steuervorteilen profitieren oder Aufwendungen absetzen möchten, die mit ihren Kindern in Zusammenhang stehen, müssen sie das mit der Steuererklärung geltend machen. Die Anlage «Kind» ist dafür der richtige Ort. So weit, so bekannt.

Was aber neu war: Seit der Steuererklärung 2023 mussten Eltern die sogenannte Steuer-Identifikationsnummer (Steuer-ID) ihres Kindes oder ihrer Kinder mit angeben. Ohne diese Information war es ihnen nicht möglich, die Erklärung elektronisch zu versenden, teilt der Bund der Steuerzahler mit.

Für viele Eltern ein Problem, wenn die Steuer-ID nicht zur Hand war. Einige sind daher auf die Steuererklärung aus Papier ausgewichen. Die Finanzverwaltung hat sich daher dazu entschlossen, die fehlende Steuer-ID des Kindes vorerst nicht zu beanstanden und auch die elektronische Übermittlung wieder zu ermöglichen. Das gilt ab sofort. Einem Sprecher des Bundesfinanzministeriums zufolge werden Steuerpflichtige zwar weiterhin auf die Angabe der an das Kind vergebenen Steuer-ID hingewiesen. Der Absendung der Erklärung stünden Hinweis und fehlende Identifikationsnummer aber nicht mehr entgegen. (DPA)



Ab sofort ist es Eltern wieder möglich, die Steuererklärung elektronisch zu versenden, ohne dass dafür die Steuer-ID des Kindes nötig ist.

Foto: Christin Klose/dpa-mag

Vererbung von Wertpapieren: So geht's steuersparend

Vorteile für Erben mit geringen Einkünften



Wenn ein Depot vererbt werden soll, stellt sich aus steuerlicher Sicht die Frage: verkaufen oder übertragen?

Foto: Laura Ludwig/dpa-mag

Sollen Wertpapiere eines Depots vererbt werden, stellt sich aus steuerlicher Sicht die Frage: Besser die Anteile veräußern und den Erlös als Bargeld vermachen oder das Depot übertragen, wie es ist? Nach Einschätzung des Bunds der Steuerzahler hängt das von vielen Faktoren ab – etwa dem Depotwert, den etwaigen Gewinnen durch Kurssteigerungen sowie dem Verwandtschaftsgrad zwischen Erblasser und Erbnehmer und dem damit verbundenen geltenden Freibetrag. Der feine Unterschied: Wird das Aktienpaket

als Ganzes vererbt, fällt unter Umständen Erbschaftsteuer an, wenn das Vermächtnis den geltenden Freibetrag des Begünstigten übersteigt.

Bei Eheleuten liegt dieser Freibetrag bei 500.000 Euro, bei Kindern beträgt er je 400.000 Euro, bei Enkeln je 200.000 Euro, bei Geschwistern und entfernten Verwandten oder Bekannten 20.000 Euro. Werden die Depot-Anteile zuvor veräußert, werden etwaige Gewinne zusätzlich noch mit der Einkommensteuer beziehungsweise Abgeltungsteuer belegt.

Werden Aktien vererbt, wird für die steuerliche Bewertung der Kurswert am Todestag des Erblassers angenommen. Spätere Kurschwankungen spielen dann keine Rolle mehr. Hat das Depot bis zu diesem Stichtag Gewinn gemacht, rät der Bund der Steuerzahler, das Aktienpaket im Ganzen zu übertragen. So kann eine Versteuerung der Gewinne zunächst vermieden werden – unter Umständen sogar komplett. Insbesondere, wenn das Depot an Kinder oder Enkel übertragen wird, die noch keine oder nur geringe eigene Einkünfte haben, kann das vorteilhaft sein. Denn sie können die Aktien dann über die Jahre hinweg selbst Stück für Stück verkaufen und so ihren Sparer-Pauschbetrag von derzeit 1.000 Euro jedes Jahr neu ausnutzen.

Schöpfen sie auch den Grundfreibetrag (von 11.604 Euro im Jahr 2024) nicht aus, bleiben sogar noch größere Gewinne unbesteuert. Übersteigt der Gewinn die Freibeträge, profitieren Geringverdiener und Menschen ohne Einkommen unter Umständen noch von einem anderen Vorteil: Liegt der persönliche Steuersatz unter dem Abgeltungsteuersatz von 25 Prozent, wird der Gewinn nur mit

diesem versteuert. «Das kann im Rahmen der Günstigerprüfung über die Steuererklärung mit Abgabe der Anlage für Kapitalerträge beantragt werden», sagt Daniela Karbe-Geßler vom Bund der Steuerzahler. (DPA)

Was wäre Ihr letztes Geschenk an die Welt?



Mein Erbe tut Gutes.
Das Prinzip Apfelbaum

(030) 29 77 24 36
www.mein-erbe-tut-gutes.de